

EINIGE PROBLEME DER GESELLSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG  
IN ALGERIEN

Algerien wurde 1962, nach dem die 132 alte Kolonialmacht abschüttelnden, etwa 8 Jahre dauernden Befreiungskampf unabhängig. Die Massenbasis des bewaffneten Kampfes bildeten die *landarmen Bauern*, die die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. Infolgedessen wurde schon während des Krieges entschieden, die politische Zielstellung formuliert, daß die Interessen dieser Schicht die gesellschaftlichen Verhältnisse des unabhängigen Algeriens bestimmen müssen. Das Programm des 1. Kongresses (August 1956. Souman-Tal) der FLN (Front de libération nationale — Nationale Befreiungsfront) erwähnt als Hauptpunkt die Erfüllung der Forderungen der Bauernschaft. „Die massenhafte Beteiligung der Landarbeiter, der habous und Fellachen an der Revolution, jener entscheidende Teil, den sie in der Zusammensetzung der ALN (Nationale Befreiungsarmee) vertreten, drückt tief seinen Stempel auf den Volkscharakter des algerischen Widerstandes... Die Bauernschaft ist tief überzeugt, daß ihr Landhunger nur durch die Erringung der nationalen Unabhängigkeit gestillt wird. Die wahre Bodenreform, die patriotische Beseitigung des ländlichen Elends ist untrennbar von der völligen Zerstörung des Kolonialsystems.“<sup>1</sup> Aus dem Zitat und aus dem ganzen Program klingt heraus, daß das den Freiheitskampf führende revolutionäre nationalistische Kleinbürgertum den Kampf mit der Erringung der nationalen Unabhängigkeit nicht als beendet betrachtet, sondern nur als einen Abschnitt auf dem Weg der gesellschaftlichen Revolution. Das Blatt der FLN ‚El Mudzsahid‘ stellte in seinem am Tag der den Krieg abschließenden Evianer Verträge, am 19. März 1962 erschienenen Leitartikel fest: „Der Krieg ist beendet, die Revolution wird fortgesetzt.“ Die FLN hält sich, wenn auch nicht frei von Widersprüchen, inneren Konflikten, Abweichungen, auch noch heute daran. Ihre Politik wird bestimmt von dem Bemühen um die Modernisierung des Landes und die Schaffung der sozialen Gerechtigkeit.

Die Führung der FLN nahm im Juni 1962 auf ihrer Sitzung in Tripolis nach lebhafter Diskussion das Programm des gesellschaftlichen Aufbaus an. Das Programm verwarf den kapitalistischen Weg, stellte eine radikale Bodenreform in Aussicht und plante die Zurückdrängung der nationalen Bourgeoisie. Ihre Ziele wollte sie gestützt auf die Volksmassen verwirklichen. „Die demokratische Revolution — das ist der bewußte Aufbau des Landes im Rahmen der sozialistischen Prinzipien und durch die Macht in den Händen des Volkes.“ — stellte das Dokument fest.<sup>2</sup>

Die das Wesen der gesellschaftlichen Revolution berührenden Zielstellungen dieses Programmes gewannen Ausdruck in der Charta von Algier von 1964, in der

<sup>1</sup> El Mudzsahid, 4. Ausgabe 1956

<sup>2</sup> Das Programm von Tripolis in *Annuaire de l'Afrique du Nord*. 1962. Paris 1962. Seiten 689—694

auch auf der Volksabstimmung von 1976 bekräftigten Nationalen Charta sowie auf den folgenden Kongressen der FLN.

Die nationale Bourgeoisie wagte es nicht, dem Programm von Tripolis offen eine kapitalistische Orientierung entgegenzustellen. Stattdessen bemühte sie sich um strenge Einhaltung der Vereinbarungen von Evian. Das Ergebnis jedoch wäre ein neokolonialistischer Kapitalismus gewesen, da die Vereinbarungen Frankreich bedeutenden wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Einfluß sicherten.

In der Armee, deren Basis die landarme Bauernschaft bildete, waren jedoch verständlicherweise die Vertreter der radikalen Lösung, der Zurückweisung des Ausgleiches in der Mehrheit. Deshalb bemühte sich die nationale Bourgeoisie, die Armee von den revolutionären Elementen zu säubern. Im Juli 1962 forderte die Provisorische Regierung der Algerischen Republik, dem Druck der Rechtskräfte nachgebend, einen der radikalsten Vertreter der revolutionären Kräfte, Generalstabchef Bumedien zum Rücktritt auf. Bumedien trat jedoch nicht zurück, stellte hingegen aber bestimmtes militärisches Auftreten gegen die Rechtskräfte in Aussicht, die gezwungen waren, sich zurückzuziehen.

Auch die Bauernbewegung, die sich im Sommer und Herbst 1962 stark entfaltete, stärkte die Position der revolutionären Kräfte. Im Verlaufe des Sommers verließen die europäischen Siedler massenweise das Land. Daraufhin kam es zu spontanen Landbesetzungen: die Fellachen nahmen die verlassenen Felder der Siedler in Besitz. Im Frühjahr 1963 gelangten 1,2 Mio ha in ihre Hände, Anfang 1965 waren es bereits 3 Mio ha. Die Regierung machte im Frühjahr 1963 in den sogenannten Märzdekreten die durch diese spontane Massenbewegung erreichten Ergebnisse rechtskräftig. In den Dekreten wird die Massenbewegung — dabei ihre Spontaneität betonend — selbstregierende Bewegung (autogestion) genannt.<sup>3</sup>

Die Positionen der Linkskräfte wurden auch dadurch gestärkt, daß auf der Präsidentschaftswahl 1963 Ben Bella, der Vertreter der Interessen der Fellachen und Arbeiter, zum Landespräsidenten gewählt wurde. Ferhat Abbas bezichtigte sofort nach der Wahl Ben Bellas das Staatsoberhaupt diktatorischer Absichten und trat von seinem Amt als Präsident der Nationalversammlung zurück. Andere Politiker wiederum, die die Interessen der Bourgeoisie verteidigten, schürten den bewaffneten Widerstand in Kabilien. Auch Marokko, dessen Herrscher mit Besorgnis die immer radikaler werdende algerische Revolution beobachtete, führte zu dieser Zeit die Grenzverletzung durch. Die Massendemonstrationen in Algier und anderen Städten, sowie Ben Bellas Unterstützung durch Bumedien und mit ihm durch einen bedeutenden Teil der Armee riefen die Niederlage der Anhänger der kapitalistischen Entwicklung hervor, die sich auf den französischen Neokolonialismus stützten. Die politische Führung gelangte in die Hände des revolutionären nationalistischen Kleinbürgertums. Die Anhänger der kapitalistischen Orientierung erlitten allerdings keine völlige Niederlage: Die wirtschaftliche Macht der Klasse der Bourgeoisie und der Landbesitzer blieb erhalten und auch der wirtschaftliche usw. Einfluß des französischen Imperialismus wurde nicht beseitigt.

Zugleich wurde die Politik der Anhänger der Entwicklung in sozialistischer Richtung stark von Instinktivität und Spontaneität durchdrungen. Trotz der sich immer mehr verschlechternden wirtschaftlichen Lage richtete die Führung nicht die notwendige Aufmerksamkeit auf die Organisation der Produktion, sondern maß entscheidende Bedeutung dem Selbstverwaltungssektor bei und überbewertete seine politische Bedeutung. Ben Bella (und noch einige Führer) ließen sich im wesentlichen

<sup>3</sup> Les étapes de la révolution agraire, *Démocratie nouvelle*, Juni 1965. Seiten 84—87

durch die sich in der Selbstverwaltung entfaltende Massenbewegung ins Schlepptau nehmen und sahen in der Selbstverwaltung schon die Verwirklichung des Sozialismus. Ihr politisches Bewußtsein war der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung voraus und löste sich von der Wirklichkeit. Es erschien die Gefahr des Voluntarismus, was anstelle einer durchdachten Lösung der wirtschaftlichen Probleme zu Hast und Improvisation führte. Trotz alledem, trotz aller gemachten Fehler Ben Bellas müssen wir jenes Positivum seiner Tätigkeit betonen, daß er die Fragen des gesellschaftlichen Fortschritts mit der aktiven Teilnahme der Volksmassen lösen wollte.

Schließlich führten die im Staatsapparat und im wirtschaftlichen Leben entstandene wirre Lage sowie die zu sehr persönlichen, ja manchmal antidemokratischen, nicht durchdachten Maßnahmen Ben Bellas die der Weiterführung der gesellschaftlichen Revolution verpflichteten revolutionären Nationalisten zur Übernahme bzw. Unterstützung der Macht am 19. Juni 1965.<sup>4</sup> Die Rechtskräfte unterstützten ebenfalls die Entfernung Ben Bellas, allerdings aus ganz anderen Gründen. Sie hofften, daß mit der Beiseitstellung der Volksmassen die Hindernisse für die Entfaltung der kapitalistischen Orientierung beseitigt werden.

Nach dem Juni 1965 konzentrierte sich die Führung des Landes, der Revolutionäre Rat, der die Macht in seinen Händen hielt, auf die Schaffung der wirtschaftlichen Basis der nationalen Unabhängigkeit. In der zweiten Hälfte der 60-er Jahre wurden im Land straffe wirtschaftliche Programme ausgearbeitet. Den Vorrang genoß dabei die Schaffung der nationalen Großindustrie. Um eine nationale Großindustrie zu schaffen und deren planmäßige Entwicklung zu verwirklichen, mußten auch die industriellen Produktionseinheiten und das Banksystem in staatliche Hände übernommen werden. Die Verstaatlichung geschah nach 1965 nicht auf einmal, sondern stufenweise und wurde 1971 mit der Übernahme der Erdöl- und Erdgasproduktion beendet. Mit dem Vorschreiten der Verstaatlichungen entfaltete sich auch die Planwirtschaft immer entschiedener. Bis zum Ende der 70er Jahre wurden drei Pläne ausgearbeitet und verwirklicht. Der erste war der Dreijahresplan 1967—69, der auch Vorplan genannt wird. Sein Ziel war es in erster Linie, nach den wirren Zuständen der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu ermessen. Diesem folgten zwei Vierjahrespläne: von 1970 bis 73 und von 1973 bis 77. In jedem dieser Pläne genießt die Industrie den Vorrang, insbesondere die Investitionen in der Erdöl- und Erdgasförderung, sowie die Stahlindustrie, die Bauindustrie und die Maschinenproduktion.

*Investitionen in den drei Plänen<sup>5</sup>*

(in Millionen algerische Dinar)

	1967/69	1970/73	1974/77
Gesamt	9121	27 740	110 210
Davon Industrie	4750 (43%)	12 400 (51%)	48 000 (45%)
Landwirtsch.	1606	4 140	12 005

<sup>5</sup> M. E. Benissad: *L'économie algérienne contemporaine*. Paris, 1980. S. 20

<sup>4</sup> Proclamation du conseil de la Revolution du 19. juin. 1965 in *Annuaire de l'Afrique du Nord* 1965. Paris, 1966. Seiten 627—629

Im Falle des Dreijahres- (und in geringem Maße des Vierjahres) planes wurden die Investitionen hauptsächlich und entscheidend durch eigene innere Quellen gedeckt, äußere Geldmittel wurden kaum in Anspruch genommen. Die Ursache dafür waren Einsparungen und die Zurückhaltung des inneren Verbrauchs. Im ersten Vierjahrplan waren die Einnahmen aus Erdöl- und -gas schon bedeutend, im zweiten sozusagen entscheidend. (Dies waren die Jahre der Erdölexplosion.) Nach 1973 wuchs der Wert des exportierten Erdöls und -gases sprunghaft. Die Menge im Falle des Erdöls weniger. Bis zum Ende der 70er Jahre bewegte sie sich zwischen 45—48 Millionen Tonnen. Die Menge des verflüssigten Erdgases jedoch stieg von 2682 Mio m<sup>3</sup> im Jahre 1973 stufenweise auf annähernd 11 Mrd. m<sup>3</sup> im Jahre 1978. Im selben Jahr ergab sie 60% der Staatseinnahmen, gegenüber 22% vom Jahre 1967.<sup>6</sup> Diese Daten geben auch dafür Erklärung, wieso der zweite Vierjahrplan derartig ambitiös ist. Im Ergebnis der Pläne erreichte Algerien gegen Ende der 70er Jahre bedeutende Resultate in der Industrialisierung. Der Anteil der Industrie (zusammen mit der Bauindustrie) am nationalen Gesamtprodukt stieg von 13,9% 1963 auf 23% 1978.<sup>7</sup>

Allerdings zeigten sich gleichzeitig auch ernste Probleme. Es wurden zwar schlüsselfertige ultramoderne Technologien gekauft (in erster Linie von der BRD, Japan und Frankreich), das gesteckte Ziel wurde aber auch damit nicht erreicht, da die geschaffene Großindustrie auf die Nationalwirtschaft keine integrierende Wirkung hatte, die Landwirtschaft nicht im notwendigen Maße mit Maschinen ausstattete, außerordentlich kostspielig war, die Schaffung der Arbeitsplätze dagegen sehr teuer. Sie senkte die Abhängigkeit weder in finanzieller noch in technologischer Hinsicht, noch in Hinsicht auf die Versorgung mit Fachkräften. Das Land verfügte für diese straffe Industrialisierung auch gar nicht über eine entsprechende Infrastruktur. Und schließlich: Immer mehr, fast ausschließlich, stützte es sich auf das Einkommen aus Erdöl und -gas, was ebenfalls die Abhängigkeit steigerte.

In der Phase der Beendigung des zweiten Vierjahrplanes wurde man sich der erwähnten Probleme bereits bewußt. Viele wiesen darauf hin, daß die auf den Erdöl- und Erdgasexport und den Aufkauf entwickelster Technologien aufbauende Entwicklungspolitik zu den verkündeten Zielen entgegengesetzten Ergebnissen führen kann: Das Land gelangt in die Netze der multinationalen Unternehmen und wird in solchem Maße in den kapitalistischen Weltmarkt integriert, daß es zur Aufgabe seiner gesellschaftspolitischen Ziele und seiner antiimperialistischen Außenpolitik gezwungen ist.<sup>8</sup>

In der Mitte der 70er Jahre zeigten sich auch in der Agrarwelt politische und wirtschaftliche Probleme. Die politischen hingen mit der Agrarrevolution zusammen, die man als ersten großen Klassenzusammenstoß seit der Erringung der Unabhängigkeit einordnen kann. Die Charta der Agrarrevolution erschien 1971. Sie stellte die Beseitigung der Klasse der Großgrundbesitzer, die Versorgung der Mittel- und Kleinbauern mit Land, die Schaffung von Produktionsgemeinschaften (Genossenschaften) zum Ziel und dies alles im Interesse jenes grundlegenden Prinzips, welches sagt: „Das Land gehöre dem, der es bearbeitet.“<sup>9</sup> In der ersten Phase seiner Verwirklichung wur-

<sup>6</sup> V. o. S. 84

<sup>7</sup> V. o. S. 28

<sup>8</sup> Auf die Neudurchdenkung der Entwicklungspolitik machte Präsident Bumedien am 30. April 1978, in seiner Botschaft an die Nation, aufmerksam. Später beschäftigten sich zahlreiche Artikel eingehender mit dieser Frage, zB.: *Révolution africaine*, Februar 1979, Nr. 784, Dezember 1979, Nr. 826 usw.

<sup>9</sup> La charte de la Révolution agraire. Dossiers documentaires Nr. 17 Januar 1972. Edités par la Ministère de l'Information et de la culture. Alger. Préambule.

den die staatlichen und gemeinschaftlichen Felder aufgeteilt. In der zweiten Phase gelangte die Aufteilung des Großgrundbesitzes auf die Tagesordnung. Dabei wurde insgesamt ein Drittel des Bodens des Privatsektors verstaatlicht. In der dritten Phase gelangte die Verstaatlichung der Weiden und die gerechte Aufteilung des Tierbestandes auf die Tagesordnung. Dies verlangsamte sich jedoch gegen Ende der 70er Jahre in außerordentlichem Maße. Zur Zeit gehören mehr als 50% (4 Mio ha) des kultivierbaren Bodens (7,5 Mio ha) zum staatlichen bzw. genossenschaftlichen Sektor, jedoch nur 10% des Tierbestandes.

Aus dem Gesagten wird evident, daß die Klassengegensätze besonders scharf in der zweiten und dritten Phase aufeinanderstießen, daß auch auf dem Lande die politische Polarisierung begann. Außer der politischen Spannung, die auch „islamische integrierende“ Erscheinungen an die Oberfläche brachte, zeigten sich auch Produktions- und Organisationsprobleme, die zu Versorgungsschwierigkeiten führten und in den Städten die sozialen Spannungen steigerten.

Insgesamt stieg die landwirtschaftliche Produktion kaum. Sie gestaltete sich wie folgt (Durchschnitt der Jahre 1967/70 = 100)

1973	1976	1977
100	121	106

Ihr Anteil am Nationaleinkommen dagegen fiel bedeutend:<sup>10</sup>

1963	1978
17,5% 2,3 Mrd Dinar	7,7% 6,7 Mrd Dinar

Die landwirtschaftliche Produktion deckte 1969 noch zu 70% den inneren Verbrauch, jedoch stufenweise absinkend 10 Jahre später nur noch zu kaum 30%. Das Land war zu immer bedeutenderem Lebensmittelimport, später Getreideimport gezwungen.

Über das schnelle demografische Wachstum und die schlechten klimatischen Verhältnisse hinaus wurden diese Probleme in der Landwirtschaft auch von subjektiven Faktoren hervorgerufen. Die Vernachlässigung bzw. nicht entsprechende Instandhaltung des Bewässerungssystems, die nicht regulierte Urbanisation, die undurchdachte Ansiedlung der Industriebetriebe entzogen der Landwirtschaft nützliche Gebiete. Das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion wurde auch dadurch gebremst, daß die industriellen Aufkaufpreise bis zur zweiten Hälfte der 70er Jahre nicht stiegen und dadurch die Produktion — in erster Linie — im staatlichen (Selbstverwaltungs- und Agrarrevolutions-) Sektor nicht stimuliert wurde. Dies führte zum Teil zum Warenmangel, der um 1976/77 ernste Sorgen verursachte. Daraus wiederum profitierte — durch Spekulationen — der Privatsektor. Der staatliche Haushaltsplan wandte bis zu den letzten Jahren — der Industrie die Priorität sichernd — immer weniger für landwirtschaftliche Investitionen auf. Der neue Fünfjahrplan (1980—84) bevorteilte im Bewußtsein der während der Verwirklichung der vorangegangenen Pläne aufgetretenen Probleme schon nicht mehr die extensive Industrieentwicklung, sondern die intensivere Ausnutzung der vorhandenen industriellen Basis, die Entwicklung der Landwirtschaft und die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der Be-

<sup>10</sup> M. E. Benissard: ebenda, S. 51

völkerung, innerhalb dessen in erster Linie die Lösung des Wohnungsproblems. Auf dem 4. (außerordentlichen) Kongreß der FLN, auf dem der Plan bestätigt wurde, wurde die Kritik der Entwicklungspolitik der vorangegangenen Phase in Zurückweisung jener Konzeption formuliert, nach der „die Entwicklung aufkaufbar ist.“<sup>11</sup> Die bisherigen vier Jahre des Planes kann man als erfolgreich bezeichnen.: Es sanken die Schulden im Ausland, die Importausgaben wurden von 16% auf 6% gesenkt, die Produktivität der Betriebe stieg von 30% im Jahre 1979 auf 65%<sup>12</sup>

Die Probleme des wirtschaftlichen Lebens und die sich daraus ergebende Verschlechterung der sozialen Lage erhöhte die politisch-ideologische Rolle des Islam: Bei einem bedeutenden Teil der Bevölkerung zeigten sich Zeichen einer Wendung in Richtung der traditionellen arabisch-islamischen Werte. Die Führung der FLN weist eine Veränderung der politischen Orientierung (option socialiste) zurück, verweigert aber gleichzeitig auch den Islam nicht, sondern bemüht sich gemeinsam mit den Massen vorwärtsstrebend, bestimmte Elemente des Islam im Interesse der Verwirklichung des ursprünglichen Zieles auszunutzen. Der Islam ist in einem muslimanischen Land — so auch in Algerien — im Gegensatz zu der Wahnidee, die die katholische Kirche in der Zeit des Kampfes gegen die Reconquistes und Türken in Europa verbreitete, nicht nur eine Religion, eine Privatfrage des Gewissens, sondern gesellschaftliche Realität, die das gesamte Lebensgebiet umfaßt, jene nationale Besonderheit, in deren Rahmen sich die gesellschaftliche Revolution abspielt. In Algerien nahm 1976 in der Diskussion um die Annahme der Nationalen Charta die Rolle des Islam beim sozialistischen Aufbau einen wichtigen Platz ein. Großen Raum gewann die Meinung, daß der Islam mit dem Sozialismus unvereinbar ist, d. h. daß man ihn in Algerien nicht anwenden könne. Wenn es doch zu seiner Anwendung kommen sollte, so wäre dies ein „spezifisch algerischer“ oder „islamischer“ oder „arabischer“ Sozialismus. Die Führung der FLN wies diese Meinungen zurück, gleichzeitig rechnete sie aber realistisch damit, daß diese den Standpunkt eines Teils der Massen widerspiegeln, also eine politische Kraft verkörpern, gab also in bestimmten Beziehungen nach. So gelangte z.B. in den ursprünglichen Text, daß „der Islam Staatsreligion ist“. Es blieben jedoch die folgenden Sätze: „der Sozialismus beruht auf der Zurückweisung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und auf der Wissenschaft“, „der Sozialismus ist keine Religion, sondern eine theoretische und strategische Waffe.“<sup>13</sup> Das ausgesprochene oder vertuschte Ziel der Vertreter der konservativen islamischen Tendenzen ist es, die Veränderung der politischen Orientierung zu erreichen. Ihre Vorstellungen qualifizierte Präsident Sadli als „gegensätzlich zur heiligen Schrift des Koran“, da ihre Verwirklichung erreichen würde, daß das Land sich in sich verschließen, nach innen richten würde. Mit einem Wort: Ihre anarchistischen Vorstellungen „würden zwischen Nation und Fortschritt ein Hindernis schaffen“.<sup>14</sup>

Auf dem letzten Kongreß der FLN (Dezember 1983) wurde ebenfalls die Zurückweisung der konservativen islamischen Meinungen formuliert, und zwar, als der Generalsekretär in seinem Bericht feststellte, daß der Sozialismus kein ausländischer Import, sondern die Praxis des Volkes ist. „Dem Volk wurde im Verlauf des bewaffneten Kampfes bewußt, daß es zwischen der kolonialen Ausbeutung und der kapitalistischen Organisation einen Zusammenhang gibt ... deshalb zögerte es nicht, den Sozialismus als ein Mittel, das Nationalvermögen zu verteilen, und als eine

<sup>11</sup> Afrique-Asie, Juli 1980, Nr. 217

<sup>12</sup> Michel Muller: Algérie: congrés du parti du FLN. Cahiers du communisme, Februar 1984, S. 110

<sup>13</sup> Algérie, naissance d'une société nouvelle. Charte nationale du peuple algérien. Paris, 1976

<sup>14</sup> Révolution africaine, Dezember 1982, Nr. 981

Methode, die verhindert, daß sich das Kapital in den Händen weniger anhäuft und zu einem das Volk unterdrückendem Mittel wird, zu akzeptieren.“<sup>15</sup>

Die Dokumente der FLN bestärken also in ihrer eigenen, die algerische gesellschaftliche Realität widerspiegelnden Formulierung die Wahl des Weges sozialistischer Orientierung. Gleichzeitig widerspiegelt sich in dieser eigenen, mit der nationalen Realität abrechnenden Formulierung, daß die Wegwahl noch nicht umkehrbar ist, daß noch nicht entschieden ist, ob die Entwicklung der Gesellschaft in (nationalen oder abhängigen) Kapitalismus oder in bestimmten sozialistische Orientierung umschlagen wird. Auf jeden Fall bezeugt die Geschichte des algerischen gesellschaftlich-politischen Kampfes auch, daß das revolutionäre nationalistische Kleinbürgertum gestützt auf die Volksmassen auf Grund der Lehren der politischen Praxis fähig ist, die sozialistische Orientierung nicht nur zu verteidigen, sondern auch weiterzuführen.

### J. NAGY LÁSZLÓ:

#### *A független Algéria társadalmi fejlődésének néhány jellegzetessége*

(Rezümé)

A tanulmány a független Algéria társadalmi fejlődésének elsősorban a politikai vonulatát mutatja be, döntően algériai kiadványokra, FLN dokumentumokra támaszkodva.

Bemutatásra kerülnek az ún. Ben Bella korszak heves politikai küzdelmei, amelyek a társadalmi fejlődés neokolonialista útját (eviani szerződés) torlaszolták el.

Az ún. Bumedienn korszak a nagy átalakulások időszaka: jelentős iparosítás, mélyreható agrárreform, pártépítés. Ezen időszakban körvonalazódnak markánsan az algériai szocialista építés jellegzetességei. Ezeket több FLN — Párt Kongresszus is tömören úgy fogalmazta meg, hogy „szocializmus iszlám keretek között” vagyis nem konfrontálva az iszlámmal, hanem bizonyos — a társadalmi igazságosságra és a nemzeti identitásra vonatkozó jegyeinek felhasználásával.

Ma még nem dőlt el egyértelműen, hogy a szocialista orientáció meggyökeresedik-e vagy sem, mindenesetre a független Algéria, politikai küzdelmeinek eddigi története azt bizonyítja, hogy a társadalom építésében nem a kapitalista irányvonal erősödik.

<sup>15</sup> Révolution africaine, Dezenber 1983, Nr. 1036